

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Auf dem Wege zum Patt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1977) : Auf dem Wege zum Patt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135025>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Auf dem Wege zum Patt

Es kommt nicht von ungefähr, daß die Klage über die zunehmende Unregierbarkeit westlicher Demokratien in den letzten Jahren vor allem aus dem Munde pragmatischer Politiker der sozialliberalen Koalition zu hören war. Sie entsprang nicht zuletzt der täglichen Erfahrung, daß die wachsenden Ansprüche der Wohlstandsbürger sich selbst dann nicht einmal mehr mit den Gegebenheiten in Übereinstimmung bringen ließen, wenn man auf große für zukunftsträchtig gehaltene Reformen verzichtete. Sowohl von seiten der parlamentarischen Opposition als auch von links aus den eigenen Reihen der sozialliberalen Parteien klingt nun immer häufiger als entscheidender Einwand gegen „die Macherei dieser Regierung“ (Barzel) der Vorwurf durch, lang- und mittelfristig konzeptionslos zu sein und keine zukunftsgerichteten Leitbilder und Orientierungspunkte zu haben, was nicht selten mit dem Argument verbunden wird, daß gerade dieser Mangel auch die Kärnerarbeit der Tagespolitik um ihren Erfolg bringen muß. Uns ist nicht bekannt, daß diese Kritiker von rechts und links Konzepte veröffentlicht haben, welche die Nöte des Augenblicks mit den zukünftigen Notwendigkeiten in Einklang bringen – von progressiven Wünschbarkeiten ganz zu schweigen. Richtig ist indessen, daß die Bundesregierung gerade in der Innenpolitik, die ausdrücklich Priorität erhalten sollte, bisher ein solches Konzept vermissen ließ.

Das Debakel, das Helmut Schmidt seinerzeit als Krisenmanager vorfand, bestand doch nicht nur darin, daß man, lediglich vorübergehend, sich zu einseitig mit einer egalisierenden Verteilung des Sozialkuchens beschäftigte und darum zu wenig für die ihn erhaltenden Investitionen getan hatte. Es bestand auch nicht bloß darin, daß man mit den vielfältig eingeleiteten Reformvorhaben die Grenzen des finanziell Möglichen mißachtet hatte. Das Dilemma hatte viel tieferliegende Ursachen. Das Gesamtkonzept der Reformeuphorie hatte nicht gestimmt. Es war weder auf das gegenwärtig, noch auf das zukünftig Mögliche abgestellt, noch paßten seine einzelnen Bestandteile zueinander.

Als Willy Brandt 1969, von außerparlamentarischen Kräften bedrängt und angeregt, mehr Demokratie und mehr Lebensqualität in unserer Gesellschaft wagen wollte, war dies ein vages emotionales Konzept, hinter dem keine rational erfassbaren Quantitäten und Qualitäten standen. Da für ihn selbst die Außenpolitik Priorität behielt, blieb sein gesellschaftliches Reformvorhaben diffus und dessen Praktizierung parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften in Bund und Ländern überlassen, deren revolutionärer Elan ohne ausreichende Abstimmung und Kontrolle von oben unvermeidbar zu einem Reformanarchismus führen mußte. Die Reformansprüche traten nicht an die Stelle der alten individuellen Einkommens- und Konsumwünsche; sie verstärkten sie nur. Konsumfeindlichkeit blieb lediglich ein modischer pseudoasketischer Touch jener Jahre, der Atmosphäre und Stil unserer Anspruchsgesellschaft nicht zu ändern vermochte. Dementsprechend wurden auch die Reformen lediglich als etwas „verkauft“, was nur neue Rechte und Möglichkeiten einbrachte, aber nicht erst mit Hilfe neuer Pflichten und Opfer einzulösen war. Das Reformwesen blühte, weil es niemanden etwas zu kosten schien und weil die in ihm tätigen Minderheiten eine neue Chance des persönlichen Aufstiegs erhielten.

Anders als in dieser Form eines „Illusionen verkaufenden Opportunismus“ wäre das Brot für die Reformpolitiker allzu hart gewesen. Um aus der Fülle der Vorhaben nur ein prägnantes Beispiel herauszugreifen: Wer wäre wohl bereit gewesen, die Idee der Bildungsgesellschaft laut zu Ende zu denken und deutlich zu machen, daß beliebige Bildung für jeden nicht auch beliebigen beruflichen Aufstieg sichern kann, sondern daß gerade eine solche Bildungspolitik den beruflichen Ausleseprozeß verschärfen und die Einkommen aus Berufen mit höherer Bildung senken muß? Wer hätte wohl den Mut gehabt, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Arbeitslosigkeit zum unabwendbaren Schicksal unserer Gesellschaft wird, wenn unser Bildungs- und Ausbildungswesen am praktischen Bedarf der Gesellschaft vorbei produziert und jeder den Anspruch erhält, nicht unter seinem Ausbildungsniveau beschäftigt zu werden? Trotz modischer Feindschaft gegen wirtschaftliches Wachstum und Überflußgesellschaft hofften die Reformer offenbar auf beides als *deus ex machina*, der alles möglich machen würde.

So fand der heutige Kanzler, als er die Nachfolge Brandts antrat, die Reformruine eines „Turmbaus zu Babel“ vor. Der Zustand der öffentlichen Finanzen zwang ihm eine Restriktionspolitik auf, die zwar mancherlei problematische Reformen abbrach. Diese wurden jedoch nicht etwa durch neue ersetzt, die allen utopischen Vorstellungen entsagten und sich an einem realistischen Fortschritt orientierten. Schmidts Augenmerk galt national und international – der Situation und seiner Herkunft gemäß – hauptsächlich der Wirtschaftspolitik. Dort lagen auch seine ersten persönlichen Erfolge, anderen eine realistische Beurteilung der Möglichkeiten aufzunötigen. In der Gesellschaftspolitik blieb er indessen merkwürdig unklar. Zwar warnte er immer wieder radikale Reformer und Systemüberwinder innerhalb und außerhalb seiner Partei vor intellektuellem Eskapismus, doch beschränkte sich dies meist auf die Wirtschaftsordnung. Darüber hinaus erklärte er mehr oder weniger global: Die Reformen gehen weiter, vor allem dort, wo sie tatsächlich oder scheinbar kein Geld kosten! Von der Mitbestimmung erwartete er dies offenbar. Er versprach sich von ihrer Erweiterung, daß mit ihr die Bereitschaft zu mehr Mitverantwortung von selbst folgen würde, obwohl gerade dies zweifelhaft bleiben muß, solange nicht von der Spitze des Staates her die Initiative ergriffen wird, dem anarchistischen Trend in unserer Anspruchsgesellschaft mit Erfolg paroli zu bieten.

Ansätze in dieser Richtung, die der Bundeskanzler am Anfang seiner Regierungszeit gezeigt hatte, gingen im letzten Wahlkampf zugunsten voreiliger Versprechungen vollends verloren. Schlimmer noch als die Sache mit der Rentenerhöhung war sein Wahlversprechen, den Numerus clausus an den Hochschulen abzubauen. Selbst wenn dies durchführbar wäre, würde es nur wieder eine „Maßnahme zu Lasten der Zukunft“ sein, bedeutete es eine Steigerung des künftigen Akademikerproletariats, aber keine notwendige Revision der falschen Theorie und Praxis von einer Bildungsgesellschaft.

Auch die CDU/CSU machte sich, wenn auch in unverbindlicherer Form, der Volksverführung schuldig, als sie die Wähler mit der Alternative „Freiheit statt–oder Sozialismus“ zu locken suchte. Wer heute Freiheit sagt, ohne sofort hinzuzufügen, wo die Freiheit ihre Grenzen hat, muß damit rechnen, daß dies heute als Freiheit zu einem beliebigen Tun mißverstanden wird. Er fördert damit den gesellschaftlichen Zerfallsprozeß, den es gerade aufzuhalten gilt.

Pragmatische Politiker, die sich zu einem realen Humanismus bekennen, müssen nicht nur selbst realistische Vorstellungen von den Existenzbedingungen des Gesellschaftslebens haben, sie müssen ihnen auch mit ihrer Politik entsprechen, und sie müssen solche Vorstellungen wo auch immer gegen alle utopischen und nihilistischen Bewußtseinsveränderer durchzusetzen verstehen. Tun sie dies nicht, so geraten sie unvermeidlich in eine Pattstellung, die ihnen keine Entscheidungsmöglichkeiten mehr läßt.

Die Wähler aber haben nur die Möglichkeit, einen politischen Realismus zu unterstützen, wenn er mit der nötigen Einheitlichkeit von einer Partei insgesamt vertreten wird und nicht bloß von einem Flügel oder einem Mann, der aus wahltaktischen Gründen nach vorn geschoben wurde. Ein solcher Vorwurf trifft heute mehr oder weniger alle Parteien. Es ist zu bedauern, daß die CSU nicht mit Franz Josef Strauß den Mut fand, bei diesem für unsere Demokratie existenzwichtigen parteiinternen Klärungsprozeß den anderen Parteien voranzugehen.